

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 1,20 RM, monatlich 1,00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern 5 Pf. Sonntagsummer mit illustrierter Beilage. Die Reise Zeit 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1,20 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 RM, für das übrige Ausland 4 RM. monatlich Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die siebenstellige Anzeigenzeit 60 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (gewöhnlich 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Buchanzeigen und Schlichte Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsbeleg 30%. Familien-Anzeigen 50 Pf. politische u. gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 40 Pf. die Reihe. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 5. November 1917. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Zunehmende Gefechtsstätigkeit am Tagliamento.

Gefechte bei Passchendaele. — Verstärkter Feuerkampf zwischen Samognenz und Bezauwang. — Artilleriekampf und Gefechte in Mazedonien. — Am Tagliamento Artilleriefeuer.

Amlich, Großes Hauptquartier, 4. November 1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern spielten sich bei örtlicher Feuersteigerung längs der Yser und nordöstlich von Ypern kleinere Infanteriekämpfe bei Passchendaele ab. Wir verbesserten durch Vorstoß unsere Linien und wiesen an mehreren Stellen englische Teilangriffe zurück.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.
 Am Oise-Nidne-Kanal und längs des Ailette-Grundes lebhafteste Artilleriestätigkeit und erfolgreiche Gefechte unserer Vortruppen mit französischen Aufklärungsabteilungen.
 Auf dem Ostufer der Maas verstärkte sich der tagüber lebhafteste Feuerkampf am Abend zwischen Samognenz und Bezauwang. Unsere zusammengefaßte Abwehrwirkung hielt einen am Chaux-Wald sich vorbereitenden Angriff der Franzosen nieder.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Die Lage ist unverändert.
 An der Straße Riga-Wenden wurden russische Streifabteilungen bei Segewold zerstreut.

Mazedonische Front.
 Der seit Tagen starke Artilleriekampf zwischen Barbar und Dojran-See dauerte gestern an; bisher sind nur englische Teilvorsöße erfolgt, die von den bulgarischen Sicherungen abgeschlagen wurden.

Italienische Front.
 Längs des Tagliamento Artilleriestätigkeit wechselnder Stärke.
 Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Abendbericht.
 Berlin, Amlich, 4. 11. 17 abends.
 Bis jetzt liegen Meldungen über größere Kämpfe von keiner Front vor.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 4. November 1917. (B. Z. S.) Amlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Die Gefechtsstätigkeit am Tagliamento nimmt zu.
 Die Kampfslage gestattet erst heute, zu überblicken, was während der zwölften Fozzofschlacht bei der Gruppe des Generals der Infanterie Alfred Krauß von den verbündeten Truppen und ihren Führern geleistet wurde. Die Eroberung des 2600 Meter aufragenden Camin-Stoßes und des 1668 Meter hohen Stal, das unauhaltbare Vorbringen in den unwirtlichen, wogarten Gebirgen südlich des Fella-Tales, das weder der Feind, noch Witterungsdunst, noch italienische Zerstörungsdarbit zu verzögern vermochte, die Gewinnung von Resutta, die Einnahme des besetzten Lager von Gemona-Osoppo sichern jenen gebirgs-gewohnten Truppen, darunter den Infanterie-Regimentern Nr. 14 und Nr. 59, den Tiroler Kaiserjägern, den Steirischen Schützen-Regimentern Nr. 3 und 26 und den Kaiserjägern ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte des größten aller Kriege.

Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.
 Unverändert.
 Der Chef des Generalstabes.

Fort mit dem § 153!

Der häßlichste Fleck in der deutschen Gesetzgebung soll gelüht, der § 153 der Reichsgewerbeordnungen endlich beseitigt werden. Die Reichsregierung hat ihre Bereitwilligkeit hierzu erklärt. Jedenfalls lassen die Worte des neuen Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts, Dr. Schwander, in seiner von seinem sozialpolitischen Verständnis getragenen Rede auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongreß, daß das Arbeitsrecht frei von unnötigen Fesseln und Hemmungen auszugestalten sei, keine andere Deutung zu. Denn eine unnötigere Fessel, als die der § 153 darstellt, läßt sich wohl nicht denken. Unnötig selbst vom Standpunkt des lediglich seine eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgenden Unternehmertums.

Denn das Anwendungsgebiet des § 153 im wirtschaftlichen Tageskampf ist heute kein allzu großes mehr, nachdem das Reichsgericht entgegen seiner früheren Rechtsauffassung aus der Entstehungsgeschichte des § 153 neuerdings gefolgert hat, daß diese Vorschrift lediglich dazu bestimmt war, eine etwaige Lücke des allgemeinen Strafrechts auszufüllen, also nur ausnahmsweise zu gelten hat, wenn nicht ein eine härtere Bestrafung ermöglichendes Strafgesetz Platz greift. Solche Lücke aber wird sich gewiß nicht oft finden. Mag man noch soviel an unserem Reichsstrafgesetzbuch aussetzen haben, eines kann man ihm jedenfalls mit Grund nicht vorwerfen, daß es dem Staate die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendigen Nachtmittel verweigert. Vielmehr wird umgekehrt über das Uebermaß von Strafgesetzen geklagt und dem Gesetzgeber der kluge Rat erteilt, niemals zu vergessen, daß ein täglich zum Holzhaufen gebrauchtes Schwert im Ernstfalle, am Tage der Schlacht, seinen Dienst versagen muß.

Also eine übermäßig praktische und sinnfällige Bedeutung hat die Beseitigung des § 153 nicht. Jede wirklich strafwürdige Handlung, mag es sich um eine wörtliche oder tatsächliche Beleidigung handeln, bleibt nach anderen Gesetzen strafbar, auch wenn das Ausnahmerecht des § 153 nur noch als gesellschaftliches Kuriosum in wissenschaftlichen Werken fortlebt.

Anderer Vorschriften, wie die nur durch unerträgliche juristische Auslegungskünste möglich gewordene Ausdehnung des Erpressungsparagrafen auf den normalen Lohnkampf, sind viel einschneidender und bereiten den Vorkämpfern für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse persönlich und sachlich weit ernstere Schwierigkeiten. Dennoch stellen wir die Aufhebung des § 153 an die Spitze unserer Forderungen und sehen darin das erste starke Zeichen für die Neuorientierung auf dem Gebiete des Arbeiterrechts. Dies einmal aus dem äußerlichen Grunde, weil die gefesselte Umgestaltung hier nicht die geringsten sachlichen Schwierigkeiten macht, nicht die kleinste Vorarbeit erforderlich ist, daher jeder Vorwand einer Verhinderung fehlt, vielmehr mit einem Federstich alles erledigt ist. Die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des Reichstages ist gewiß, nachdem jedoch auch der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion „für die Beseitigung von Vorschriften, die die Arbeiterbewegung hemmen“, eingetreten ist. Vor allem aber tritt der sachliche Grund hinzu, daß hier viel mehr auf dem Spiele steht, als das Verlangen nach ungehinderter Geldendmachung eines Mehrlohnes von einigen Pfennigen.

Ideale Momente kommen hier in Frage. Die Arbeiterchöre selbst ist der Kampfpreis. Die Arbeiterchöre wird in ihren heiligsten Empfindungen angefaßt, wenn der Staat in der feierlichen Form des Gesetzes den Grundhieb proklamiert: ich bin gezwungen, zum Ausnahmegesetz zu greifen, einseitig im Lohnkampf Partei zu ungunsten der Arbeiterschaft zu nehmen, ihr das Kampfterrain zu verschlechtern, weil sie stets des Mißbrauchs der allgemeinen Freiheit verdächtig ist, für sie daher die allen anderen Staatsbürgern gezogenen Schranken nicht ausreichend erscheinen. Es gab für den alten Römer nichts Beschämenderes, als wenn ihm der öffentliche Sittenrichter, der Cenfor, den Vorbeiführer der bürgerlichen Ehre absperrte. Eine solche capitis diminutio stellt für den deutschen Arbeiter der § 153 der Gewerbeordnung dar.

Er muß daher fallen, und zwar sofort. Es gäbe, auch vom rein ästhetischen Standpunkt, für den neuen Reichskanzler keine bessere Einführung, als wenn sein erstes Hintreten vor den Reichstag die Tilgung dieses häßlichen Flecks bringen, wenn er die Folgerung aus den Worten ziehen würde, die der Vertreter der Reichsregierung bereits vor mehr als zwei Jahren in der Reichstagskommission für die Reform des Vereinsgesetzes gesprochen hat, daß die Gewerkschaften sich vom Beginn des Krieges an in uneigennützigem und aufopfernder Weise in den Dienst der Aufgaben gestellt haben, die das Wohl des Vaterlandes, seine äußere und innere Wehrhaftmachung

Vor entscheidenden Entschlüssen.

Reichstag am 22. November.
 Der neue Reichskanzler steht vor der Aufgabe, seiner Regierung das innere Gleichgewicht und damit die nötige Standfestigkeit zu verleihen, er muß aber auch seine Entschlüsse rasch treffen, damit wieder Ruhe einkehrt und die Krise wirklich abgeschlossen wird. Wahrscheinlich wird die Ernennung der neuen Männer nicht mehr lange auf sich warten lassen, sie dürfte schon innerhalb der nächsten zwei Tage erfolgen.

Von der Sozialdemokratie ist nochmals zu sagen, daß sie auf eine Beteiligung bei der Besetzung der leitenden Reichs- und Staatsstellen verzichtet, aber die Berufung einiger volksparteilicher Abgeordneter in sie für unbedingt notwendig hält. Wenn wir neulich sagten, daß Herr v. Bayer zur Uebernahme des Vizelanzleramts bereit sei, so war das nicht so zu verstehen, als ob Herr v. Bayer persönlich seine Ernennung wünsche und erwarte. Der Vorsitzende der fortschrittlichen Volkspartei hat nur die politische Notwendigkeit seines Eintritts in die Regierung, die ihm von anderer Seite flagellegt wurde, eingesehen, so daß jetzt von seiner Seite gegen seine Berufung kein Hindernis besteht. Wir können uns nicht denken, daß die Hindernisse, die von konservativer Seite künstlich aufgebaut werden, vom Reichskanzler als unüberwindlich angesehen werden könnten.

An verschiedenen Blättern wird gemeldet, daß zum Chef der Reichskanzlei der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Kardorff ausersehen sei. Man wird daraus schließen müssen, daß Herr v. Kardorff zu jenem Teil der freikonservativen Landtagsfraktion gehört, der der Erfüllung des Wahlrechtsversprechens keine Hindernisse in den Weg zu legen gewillt ist. Trotzdem würde eine Regierung, die aus Zentrumsführern und Nationalliberalen obendrein noch mit einem freikonservativen Einschlag besteht, sich auf das Vertrauen breiterer Volkskreise nicht stützen können.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie ihre endgültige Stellung zur neuen Regierung so lange vorbehalten muß, bis ihr Gesicht klar erkennbar ist. Offiziös wird gemeldet: Wie wir hören, wird der Reichskanzler und Ministerpräsident Graf Hertling nicht erst am 5. Dezember, sondern schon etwas zeitiger, am 22. November Gelegenheit nehmen, sich im Reichstag einzuführen. Es ist anzunehmen, daß die Dispositionen des Abgeordnetenhauses hinsichtlich der Wahlrechtsvorlage von diesem Termin abhängig gemacht werden.

Am 19. und 20. November wird das Abgeordnetenhaus keine Sitzungen abhalten, um den Fraktionen zur Beratung der Wahlrechtsvorlage Gelegenheit zu geben.

Russische Stimme zum Würzburger Parteitag.

Demokratie und Imperialismus.
 Stockholm, 2. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Stockholmer Korrespondent der „Kosawa Schifa“ schreibt vom Würzburger Parteitag: Man mag die frühere Haltung der deutschen Parteimehrheit kritisieren, jedenfalls steht fest, daß sie in den letzten Monaten einen systematischen und energischen Kampf für die Demokratisierung Deutschlands führt. Wer das nicht anerkennt, kennt die Wirklichkeit nicht.

Weniger freundlich hat unlängst „Spektator“ in derselben Zeitung den Parteitag und besonders das Referat des Genossen Cunow kritisiert. Er schrieb: „Cunow empfiehlt den Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien, die diese Länder mit dem „Mittel-europa“ verbinden würden. Es ist kaum anzunehmen, daß Cunow glaubt, Rußland und Rumänien werden freiwillig in den Bund dieser Staaten eintreten. Indem die Partei Cunow zum offiziellen Referenten zu dieser Frage bestimmte und ihm die Redaktion der „Neuen Zeit“ übertrug, erklärte sie sich offenbar mit den Hauptpunkten seines Vortrages einverstanden. Denn der Standpunkt dieses Theoretikers des Sozial-Imperialismus ist ihr gut bekannt. Daraus folgt, daß Scheidemanns Partei die gleiche doppelte Politik führt, wie die deutsche Regierung. Einerseits, offen kämpft sie angeblich gegen die Imperialisten, andererseits aber unterstützt sie die Imperialisten in ihrer eigenen Wut.“

Den Wunsch, nach dem Kriege mit Rußland gute politische und wirtschaftliche Nachbarbeziehungen anzuknüpfen, hat allerdings nicht nur Cunow, sondern die ganze deutsche Partei und das ganze deutsche Volk. Daß aber dabei Rußland die Freiheit der eigenen Entschliebung gewahrt werden muß, daß ein Handelsvertrag nur dann nützlich ist, wenn er beide Teile auf ihre Rechnung kommen läßt, das ist so selbstverständlich, daß wir es nicht erst besonders betonen zu müssen glauben. Ein Rußland auf gezwungenen Handelsvertrag würde in die Kategorie der wirtschaftlichen Vergewaltigungen fallen, die wir programmatisch ablehnen. Man muß den Begriff „Imperialismus“ schon wie Kautskus spannen, wenn man unsern Wunsch, nach dem Kriege mit Rußland in politischer und wirtschaftlicher Freundschaft zu leben, als „sozialimperialistisch“ zu kennzeichnen sucht.

erheischen. Die Reichsleitung sei deshalb in eine Prüfung der Frage eingetreten, welche gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen seien, um den Gewerkschaften die nötige Freiheit zur Betätigung ihrer berechtigten wirtschaftlichen und Wohlfahrtsbestrebungen zu sichern.

Die Erfüllung dieser Funktionen, die der Würzburger Parteitag durch die scharfe Betonung der Stellung der Arbeiterklasse als Träger und Förderer im nationalen Produktionsprozess besonders unterstrichen hat, aber ist völlig unmöglich, solange es dem Arbeiter verwehrt ist, im Wege der Selbsthilfe sich der sonst überall im ökonomischen Leben als lokal angesehenen Mittel zu bedienen, solange es ihm verboten ist, durch Anrufung der besten Eigenschaften der menschlichen Natur, des Solidaritätsgefühls, der Empfindung für Ehre und Kameradschaft, der Erkenntnis für die Bedeutung der organisierten gesammelten Kraft dem natürlichen Gegner im wirtschaftlichen Alltagskampf entgegenzutreten. Und ferner, wie sollen die Gewerkschaften ihren eigenen Klassenangehörigen gegenüber ihre pädagogische Pflicht erfüllen können, wenn das Strafgesetz ihnen dabei auf Schritt und Tritt Fallstricke legt?

Wie finstlos von diesem Standpunkt aus der § 153 ist, dafür liefern die Erfahrungen der Kriegsjahre durchschlagenden Beweis. So oft Arbeiter verblendet genug waren, sich über die Kräfte ihrer beruflichen Vertretungsorgane hinweg durch anonyme Flugblätter oder andere verwerfliche Mittel zu einer die Widerstandskraft unserer Söhne und Brüder an den Fronten schwächenden Arbeitseinstellung verleiten zu lassen, häßliche die vom Unternehmertum gekaufte Presse über den Beweis des Fehlens gewerkschaftlicher Zucht und Autorität in der Arbeiterschaft. Jetzt auf einmal war vergessen, daß das Unternehmertum es selbst war, das aus vermeintlich gefährdeten Klasseninteressen heraus mit allen Mitteln dafür eingetreten war, daß die Willens- und Handlungsfreiheit des einzelnen gegen den Verbänden, Organisationen, Korporationen sich verkörpernden Gesamtwillen geschützt werden müsse. Und die konterbaitive Presse, die, wenn auch in erstarrtem Ton, in den Chorus der Unternehmerpresse eingestimmt war, übersah, daß sie stets dieselbe Forderung erhoben hatte, zwar nicht aus materiellen Gründen, aber doch weil sie in dem Auswirkenlassen aller freien, selbsttätigen, neben dem Staat sich entwickelnden Kräfte eine Art von Auflehnung gegen die von Gott eingesezte Obrigkeit, ja gegen ein Naturgesetz erblickt hatte.

Man sieht, von keinem Standpunkt aus läßt sich die Beibehaltung des § 153 rechtfertigen. Geboren aus der einseitigen Verdrängung lediglich der wirtschaftlichen Kampfnatur der Gewerkschaften, behielt man den § 153 während der drei langen Kriegsjahre bei, obwohl man von dem zweiten Gesicht der Arbeiterorganisationen, ihrer wirtschaftlich-reformatoryischen Bedeutung, sich zu überzeugen hinreichend Gelegenheit hatte. Nun aber ziehe man auch aus dieser Erkenntnis die gesetzgeberischen Folgen. Der Staat darf nicht länger das isolierte wirtschaftliche Handeln der Arbeiter auf der einen Seite zwar zulassen, ja sogar, wie in den Motiven zur Vereinsgesetznovelle und in dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ausgesprochen ist, es im Interesse der staatlichen Notwendigkeiten und der größtmöglichen Stärkung der vaterländischen Produktion für geboten erklären, auf der anderen Seite aber diese selbe organisierte Selbsthilfe zu einem rechtlichen Nichts herabdrücken und ihr die kraftvolle Entfaltung in Fällen verbieten, in denen sie allen anderen Klassen gestattet ist.

Man darf mit Recht erwarten, daß die geplante gesetzliche Reform starke psychologische Wirkungen auslösen und der Arbeiterschaft die Nützlichkeit der von den Gewerkschaften besetzten großartigen Politik erweisen wird. Will man aber dieses Ziel erreichen, so vermeide man die Fehler, die vor der Einbringung des Gesetzes betreffend das preussische Wahlrecht gemacht worden sind. Man gebe sich nicht freudig und auf einmal, nicht zögernd und bruchstückweise. Der § 153 muß in allen seinen Teilen fallen, es dürfen nicht Reste zurückbleiben und Hinterlistern offengelassen werden. Bei der Vereinsgesetznovelle ist die Regierung den richtigen Weg gegangen. Nun jetzt zu verlassen, wäre verhängnisvoll.

Sind die vom § 153 aufgerichteten, durch die wirtschaftliche Entwicklung längst überholten Schranken gefallen, ist die Voraussetzung für jede Gewerkschaftsarbeit, das Organisationsrecht, von allen Fesseln befreit, dann erst ist die Bahn frei für den Ausbau eines positiven Arbeitersrechts.

Aufgabe des neuen Staatssekretärs wird es sein, dieses Problem, das die Grundlagen für die rechtliche und soziale Stellung des Arbeiters in der heutigen Gesellschaft zu regeln hat, unter Zuziehung der Organisationsvertreter und geeigneter Sachverständigen zu lösen. Klar weist das Referat Wissels auf dem Würzburger Parteitag den Weg, der zu gehen ist. Der Staat greife nur zu. Die Organe der Selbsthilfe, die man bisher sehr zu Unrecht von der staatlichen Betätigung systematisch abgeschlossen hatte, sind zur Mitarbeit bereit. Kann dies deutlicher ausgedrückt werden, als es Scheidemann in Würzburg mit den Worten getan hat: „Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, wir müssen Praktiker des Sozialismus werden. Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel darauf ansetzen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern auch ob sie praktisch ist.“

Ministerreisen im Ententelager.

Zur Ansicht an die italienische Niederlage hat im Lager der Entente ein höchst betriebsames Ministerreisen eingesetzt, das durch folgendes Telegrammbündel die Aufmerksamkeit auf sich zieht:

London, 4. November. Auslich, Painlevé und Pétain sind nach einem kurzen Besuche in England nach Frankreich zurückgekehrt.

Paris, 4. November. (Gavas.) Painlevé setzte am Sonnabend den Ministerrat von den Besprechungen in Kenntnis, die soeben in London stattgefunden haben. Sodann prüfte der Ministerrat die militärische Lage. Dem Ministerrat war eine Sitzung des Kriegsausschusses vorausgegangen.

Paris, 4. November. (Gavas.) Painlevé und Lloyd George sind heute früh nach Italien abgereist.

Rom, 4. November. (Sestani.) Benizelos (dessen plötzliche Ankunft in Rom vor zwei Tagen bekannt gegeben wurde) ist Sonnabend nach Paris abgereist.

Das Bild, das dieses Gewimmel von Reisen nach London, Paris und irgend einer italienischen Stadt gibt, erinnert ein wenig an die Wirkung eines Stöckchens in einen Ameisenhaufen.

Der zunächst ein überaus reiches, raffines Hin und Her auslöst. Wahrscheinlich indes soll der Reizeifer der italienischen Öffentlichkeit etwas ganz anderes verkünden: die einschlossene Vereinfachung der Entente. Da sich diese nicht im Handumdrehen über die Alpen werfen lassen, müssen einstweilen die Minister als Teil fürs Ganze demonstrieren.

Italienischer Heeresbericht vom 3. November. Während des gestrigen Tages verstärkte der Feind seinen Druck gegen den linken Flügel unserer Linie am Tagliamento. Einbruchversuche auf dem rechten Flügel wurden von uns aufgehalten.

Das Zentralsowjet gegen Terestschenko.

Der 2. November ohne Unruhen.

Stockholm, 2. November. (Fig. Drahtbericht des „Sotwärts“.) Die Rede Terestschenkos, welche die tatsächliche Leitung der Regierungspolitik durch den kadettischen Imperialismus betonte, rief lebhafteste Proteste bei den Politikern und Zeitungen der gemäßigten Linken hervor. Es bereitet sich unverkennbar ein neuer Konflikt vor, wobei diesmal die von Terestschenko geführte Mehrheit des Zentral-Sowjets der Regierung entgegengetreten wird.

„Noman Schion“ protestiert gegen die Zensur des schwedischen Auswärtigen Amtes, welche jetzt neben der Militärzensur tätig ist. Diese Zensur verhindert die Publizierung einer Rede über die in Frankreich gegen russische Soldaten geübten Repressalien, sowie über die Ernennung Krasnow. Das Blatt veröffentlicht weiter Geheimpapiere über die Kooperation Krasnow mit der englischen Regierung zur Erkundung der politischen Gesinnung von über Archangel heimkehrenden Emigranten.

Petersburg, 3. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Trotz der andauernden Gerüchte, die den 2. November als den Tag bezeichnen, an dem eine bewaffnete Erhebung der Maximalisten stattfinden werde, ist der gestrige Tag in Petersburg und Umgebung ohne Zwischenfall verlaufen. Die öffentliche Ordnung wurde nirgends gestört.

Die vorläufige Regierung hat einen Gesetzentwurf genehmigt, der den 12. März, den ersten Tag der Revolution, zum russischen Nationalfeiertag erklärt.

In der gestrigen Sitzung beschloß das Vorparlament, an die Regierung eine dringende Interpellation zu richten, über die Lage im Donezbecken, wo die Kohlenerezeugung so rasch sinkt, daß auf sämtlichen Eisenbahnstrecken die Einstellung des Verkehrs droht.

Die Lösung der spanischen Kabinettskrise.

Neuorientierung nach links.

Der zweite Versuch Garcia Prietos, ein Ministerium zu bilden, ist gescheitert. Das neue Kabinett setzt sich endgültig wie folgt zusammen: Präsident und Minister des Äußern Garcia Prieto. Alvarez, der nach einer Nachricht vom Sonnabend das Außenministerium übernommen hätte, hat „aus privaten Gründen“ verzichtet. Das Innere übernimmt Bahamonde, die Finanzen Ventosa, das Kriegsministerium De la Cierga, das Marineministerium Gimeno, den Unterricht Rodas, die öffentlichen Arbeiten Alcala Zamora, die Justiz Ferrandis Prieta. Die Regierung hat gestern den Eid geleistet und erklärt, eine strenge Neutralität bewahren zu wollen.

Die Mitglieder der Versammlung der Linken beschlossen, sich bis zur Erklärung der neuen Regierung aller weiteren Schritte zu enthalten. Ferrrouz lenkte namens der Versammlung die öffentliche Aufmerksamkeit auf diejenige Person, die für den Eintritt des Kriegsministers de la Cierga in das Kabinett verantwortlich sei, dessen Ernennung ein Misstrauen gegen die liberale Ansjahung bedeute.

Garcia Prieto erklärte, die innere Politik der neuen Regierung werde sich nach den Anweisungen des Königs auf einer umfangreichen Zusammenfassung der Kräfte gründen. Sie werde ihren Schwerpunkt nach links verlegen, um die großen Kräfte der Parteien der Linken der Monarchie zumute zu machen.

Wie die Dinge in Spanien liegen, war ohne diese demokratische Neuorientierung eine Lösung der Regierungskrise völlig ausgeschlossen. Das Scheitern der von den konservativen Laca und Moura unternommenen Versuche, ein Kabinett zu bilden, beweist, wie stark der Druck der Linken war. Ihr Sieg bedeutet, daß das Ende der Tage des bisherigen spanischen Staatsbetriebs gekommen ist.

Englische Stimmen zum deutschen Kurswechsel.

Die „Times“ schreibt: Die Wahl Hertlings ist nur ein neuer Schachzug im deutschen Friedensfeldzug. „Morning Post“ (konf.) setzt über den Bericht von der Ernennung Hertlings die Aufschrift: Triumph für die Reichstagsmehrheit. Zugeständnisse an die Demofrazen.

„Daily News“ (lib.) sagt, daß durch Hertlings Ernennung auf bemerkenswerte Weise mit der Vergangenheit gebrochen werden sei, da Hertling Politiker und nicht Bureaucrat und außerdem ein nicht preussischer Katholik sei. Im italienischen Feldzug sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Von seinem Ausgang werde viel abhängen und vielleicht werde er so sein, daß Hertling endgültig eine gemäßigte Politik führen wird.

Die Stimme der „Times“ zeigt deutlich, daß die englischen Kriegsverlängerer ihre Helle davonschwimmen sehen und daß das um so sicherer der Fall sein wird, je deutlicher der vollzogene Kurswechsel als wirklicher Systemwechsel in Erscheinung tritt.

Völkerrechts-Beratungen.

Am Dienstag tagte in Bern der geschäftsführende Ausschuss der Internationalen Studienkonferenz, die am 12. November in Bern zusammengetreten wird. Das Ziel der Konferenz ist nicht ein politisches, sondern ein wissenschaftliches und besteht darin, die Fragen der künftigen internationalen Rechtsordnung, zu denen die leitenden Staatsmänner der Entente und der Mittelmächte in gleichem Sinne Stellung genommen haben, der Klärung näher zu bringen. Daraufhin wird erhofft, daß alle kriegführenden Länder die nötigen Pässe und Durcheinbewilligungen erteilen werden. Am 17. November beginnen im Berner Parlamentsgebäude die Plenarberatungen über den künftigen Ausbau des Haager Werkes und die

Schaffung eines ständigen Gerichtshofes und eines Untersuchungs- und Vermittlungsrates gemäß den Anträgen der Sonderkommissionen. Auch die übrigen Punkte des Haager Programms vom April 1915 sollen besprochen werden.

Die Waliser Bergarbeiter und die Dienstpflicht.

Rotterdam, 3. November. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wurden bei der Abstimmung unter den Bergarbeitern von Wales über die Frage, ob sie wegen der Ausbreitung des Militärdienstes der Bergarbeiter die Arbeit niederlegen sollen, 2736 für und 17080 Stimmen gegen den Streik abgegeben. In keinem einzigen Distrikt und bei keiner einzigen Gruppe fand sich eine Mehrheit für den Streik. Die meisten Schächte liegen wegen des Ausstandes der Schachtkontrolleure und Heizer, die die Anerkennung ihrer Gewerkschaft verlangen, noch still.

Landtagsbeginn in Finnland.

Helsingfors, 3. November. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der neue Landtag hat unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Baron Bredas seine erste Sitzung gehalten und den Abgeordneten von Wiborg Lundson (Jungfinne) mit 67 gegen 37 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Lundson hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß der Krieg die politische Verfassung Finnlands ernstlich erschüttert und das Land zu dem Schluß gebracht habe, daß es sich selbst regieren müsse.

Der Krieg auf den Meeren.

Das Treffen im Kattegat.

Berlin, 4. November. Ein kleiner deutscher Hilfskreuzer, Kommandant Kapitänleutnant b. A. Lauterbach, ist am 2. November im Kattegat nach tapferer Gegenwehr von einer U-Bootmacht von sechs feindlichen Kreuzern und neun großen Torpedobootzerstörern versenkt worden. Der englische Bericht meldet die Vernichtung von zehn Patrouillenfahrzeugen. Dies entspricht nicht den Tatsachen, deutsche Kriegsfahrzeuge werden außer dem genannten Hilfskreuzer nicht vermisst.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine. London, 3. November. Amtlicher britischer Bericht. Wir zerstörten im Kattegat einen mit 6-Zoll-Kanonen bewaffneten deutschen Hilfskreuzer und ein bewaffnetes Patrouillenfahrzeug. 64 Seeleute wurden von den unsrigen gefangen genommen. Britische Verluste werden nicht gemeldet.

Kopenhagen, 3. November. Gestern traf in Hallsberg 12 Mann eines deutschen Fischdampfers ein, der während des Kampfes im Kattegat gesunken war. Er wird angenommen, daß vier englische Kreuzer und vier Torpedojäger am Kampfe beteiligt waren. Mehrere schwedische Fischer waren während eines Teiles des Kampfes zugegen, sie mußten jedoch infolge des Kugelregens sich schnell entfernen.

Kopenhagen, 4. November. Es ist nun entschieden worden, daß die in Kopenhagen befindlichen Seeleute des versenkten deutschen Hilfskreuzers Marie nicht interniert, sondern als Schiffbrüchige behandelt werden sollen, da sie von dem dänischen Dampfer Dalgas in den internationalen Gewässern aufgenommen worden sind. Die unversehrten Seeleute treten bereits heute die Reise nach Deutschland an. Die im holländischen Krankenhaus befindlichen Verwundeten können die Rückreise in die Heimat antreten, sobald sie aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Norwegische Protestnote an Deutschland.

Der versenkte Geleitzug.

Norwegische Blätter veröffentlichen den Wortlaut der norwegischen Protestklärung gegen die Versenkung norwegischer von Engländern geleiteter Schiffe am 17. Oktober. Die Note behauptet, daß den norwegischen Mannschaften keine Frist zur Rettung gegeben worden sei, daß die Deutschen keinen Versuch zu ihrer Rettung gemacht und sich um ihr Schicksal nicht gekümmert hätten. Zahlreiche Seeleute seien durch Geschützfeuer getötet worden oder ertrunken. Um die notwendigen Zufuhren für Norwegen zu schaffen, müßten sich die Norweger von Kriegsschiffen geleiten lassen, die zu den Gegnern Deutschlands gehörten. Der ganze Fall wird als „Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit“ bezeichnet. Großen Eindruck habe es gemacht, daß jetzt auch die Kriegsschiffe dieselbe Taktik übten wie die U-Boote. Für die Zukunft heißt es: Die norwegische Regierung darf daher nochmals die deutsche Regierung ersuchen, darauf zu sehen, daß die deutsche U-Bootkommandanten das Leben norwegischer Seeleute keinen Gefahren aussetzen, seien sie durch Unachtsamkeit oder durch falsche Beurteilung der Umstände verursacht.

Der Standpunkt der norwegischen Regierung ist auch für den deutschen Beurteiler vollaus verständlich. Wir können nur den Wunsch ausdrücken, daß ein baldiger Frieden diesen Divergenzen ein Ende bereiten möge.

Stark übertriebene Beutezahlen.

Französischer Heeresbericht vom 3. November nachmittags. Während der Nacht rüdten unsere Truppen zwischen dem Oisekanal und der Gegend von Corbens weiter vor und erreichten auf der ganzen Front das Südufer der Ailette. Der Feind zog sich auf das Nordufer des Flusses, dessen Brücken und Stege abgedrachen worden waren, zurück. Der Artilleriekampf dauerte im Abschnitt von Chabignon und an einzelnen Stellen in der Gegend der Hochfläche lebhaft an. Unter dem seit dem 23. Oktober erbeuteten Gerät zählten wir bis jetzt 200 schwere und Feldgeschütze, 222 Grabenbüchse, 720 Maschinengewehre. Auf dem rechten Ufer der Ailette bestanden die Artillerietruppen auf der Front des Choume-Waldes. Ein feindlicher Handstreich nördlich von St. Mihiel erzielte kein Ergebnis. Im übrigen verlief die Nacht überall ruhig. In dem Zeitraum vom 21. bis 31. Oktober wurden 28 deutsche Flugzeuge abgeschossen, 21 davon durch unsere Piloten in Luftkämpfen und zwei durch unsere Abwehrgeschütze. Außerdem wurden 28 feindliche Flugzeuge schwer beschädigt und zum Niedergehen innerhalb der feindlichen Linien gezwungen.

Notiz des W. T. A.: Die gemeldeten Beutezahlen sind stark übertrieben und entsprechen nicht den Tatsachen. Ein großer Teil der Geschütze, zu denen die in vorderster Linie eingebauten Minenwerfer und Kaliber ältester Art gerechnet sind, wurden, soweit nicht durch feindliche Feuer zerstört, von ihrer tapferen Bedienung gesprengt und unbrauchbar gemacht, ehe sie in die Hand der Feinde kamen.

Die polnische Ministerpräsidentenschaft Graf Tarnowski nicht genehm.

Warschau, 3. November. Nach Warschauer Blättern erhielt der Regenschaftsrat die amtliche Mitteilung von den deutschen Besatzungsbehörden, daß sie mit der Kandidatur des Grafen Tarnowski für die polnische Ministerpräsidentenschaft nicht einverstanden sind.

Lloyd George und die deutschen Flieger.

Die Reise nach Sures.

Eine merkwürdige Verleumdungsklage bildete am 16. Oktober den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Londoner Zentralgericht. Der Kläger war Ministerpräsident Lloyd George. Beklagte waren acht liberale Zeitungen. Diese hatten folgende kurze Nachricht gebracht:

Lufteinbruch auf London. — Mister Lloyd George's Abreise nach seinem Landsitz.
Der Ministerpräsident verbrachte die Nacht in seiner Residenz in Wallon Heath, Surrey, nachdem er Downing Street verlassen hatte, als es bekannt geworden, daß die deutschen Angreifer sich London näherten.

Diese Nachricht läßt an Deutlichkeit ihrer Schlussfolgerungen auf den persönlichen Mut Lloyd Georges nichts zu wünschen übrig. Der Ministerpräsident strengte die Verleumdungsklage an. Die liberalen Redakteure, darunter die der „Westminster Gazette“ und „Daily Mail“ gaben jedoch vor Gericht Erklärungen ab, die zu einem Vergleich führten.

Der persönliche Mut des englischen Premiers war niemals ganz unbestritten. Früher liebten konservative Väter mit der Behauptung, Lloyd George habe in kühnen Wählerversammlungen zweimal den Weg durch Fenster gesucht. Jetzt sind es liberale Zeitungen, die die Vorstellung reizt, Englands größter Heimkrieger habe vor deutschen Fliegerbomben das Hasenpanier ergriffen. Sie gehen dabei von der ganz richtigen allgemeinen Voraussetzung aus, daß ein weitaufgeklärter Mensch im Hinterland noch kein Beweis heldenhafter Vaterlandsliebe ist. Dabei darf man doch zugeben, daß die Anwendung eines internationalen Erfahrungssatzes auf den englischen Ministerpräsidenten für diesen sehr kränkend und nicht ohne weiteres stichhaltig ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Italienische Schlappen in Tripolis. Konstantinopel, 3. November. Der Sonderberichterstatter der Agentur Willi meldet aus Tripolis: Am 12. September gingen die Italiener mit überlegenen Kräften aus Tripolis vor; am 21. September versuchten sie die Ortschaft Ben Gashiri zu besetzen. Unsere Truppen, durch die Rudjehids verstärkt, griffen den Feind in der Flanke und im Rücken an, wodurch sie ihn zwangen, anzuhalten und den Kampf aufzunehmen. Nach 18 Stunden Kampf war mehr als die Hälfte der feindlichen Streitkräfte außer Gefecht gesetzt. Am folgenden Morgen zog sich der Feind in Unordnung auf Tripolis zurück unter Mäurung, aller von ihm am 12. September besetzten Stellungen. Er ließ zahlreiche tote auf dem Schlachtfeld zurück, eine große Menge Waffen und militärische Ausrüstungsgegenstände.

Am 7. Oktober nahm ein unser Unterseeboot in wirksamer Weise durch sein Feuer an einem Kampf teil, welcher sich westlich von Tripolis zwischen unseren Rudjehids und den Italienern entwickelte hatte, ebenso an einem durch unsere Truppen und die Rudjehids ausgeführten Angriff gegen Doms, wobei es die Festung und Stadt beschoß.

Depeschenwechsel Hertling-Ezernin.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ teilt den Wortlaut eines Depeschenwechsels zwischen dem Reichskanzler, Grafen Hertling, und dem Grafen Ezernin mit. Graf Hertling macht von seiner Berufung Mitteilung und fährt fort:

Wenn ich, getreu der bewährten Politik meines allergnädigsten Herrn, in der Pflege enger und freundschaftlicher Beziehungen zu der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Leiter ihrer auswärtigen Politik meine schönste und bedeutendste Aufgabe erachte, so weiß ich mich eins mit allen meinen deutschen Landsleuten, in deren Herzen die von S. M. dem Kaiser und König Karl an Euer Excellenz gerichteten eindrucksvollen Worte über die Verdienste Eurer Excellenz am Ausbau und der Vertiefung der deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnispolitik warmen Widerhall gefunden haben, und die in diesen Tagen voll stolzer Freude über unseren Bund die herrlichen Waffentaten der unauflöslichen Waffenbrüderschaft vereinten tapferen Söhne unserer Länder mit dankbarer Bewunderung verfolgen.

Die Antwort Ezernins ist auf denselben herzlichen Ton gestimmt. Sie läßt darauf schließen, daß die Ernennung Hertlings in Wien angenehm berührt hat. Von Zielen der auswärtigen Politik ist in den Depeschen sonst nicht weiter die Rede.

Scheidemann über die neue Regierung.

Versammlungen in Königsberg und Elbing.

Elbing, 4. November. (Eig. Drahtber. des „Vormärts.“) In einer Versammlung, die 2500 Besucher aus allen Schichten der Bevölkerung vereinte, während weitere Tausende an den Türen umkehren mußten, sprach Gen. Scheidemann heute mittag über das Thema: „Verständigungsfriede, Sozialdemokratie, Vaterlandspartei.“ Der Redner kam dabei auch auf die Ereignisse der allerjüngsten Zeit und auf die Stellung der Sozialdemokratie zur neuen Regierung zu sprechen, wobei er ausführte:

In friedlichen Formen vollzieht sich im Innern des Reiches ein Fortschritt, dessen Gelangung anderwärts Ströme von Blut gefloht hat. Wenn wir zum gleichen Wahlrecht im Reich auch das gleiche Recht in Preußen bekommen und wenn für die Zusammensetzung der Regierung und für ihre Politik der Mehrheitswille der Volksvetretung maßgebend wird — alles dies sehen wir vor unsern Augen werden —, dann ist der Beweis dafür erbracht, daß das deutsche Volk keine Hilfe von außen braucht, um jene Freiheit zu erlangen, die andere Völker besitzen. Dann ist die Behauptung, daß man mit Deutschland nicht Frieden schließen kann, weil es autokratisch regiert sei, ein windiger Vorwand.

Sie wissen aber, daß wir Sozialisten die Freiheit nicht nur in dem politischen, sondern auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründen wollen. Wir kämpfen für Befreiung aus politischem Druck und wirtschaftlicher Not. Von der wirtschaftlichen Freiheit aber, wie sie von Sozialisten verstanden wird, sind wir in diesem Augenblick weiter entfernt denn je. Das müssen wir einsehen, auch wenn wir hoffen, daß die sprunghafte Entwicklung, die uns jetzt in ein Wellental geschleubert hat, uns zuletzt auf den Wellenberg emporheben wird. Als Sozialisten wären wir in einem bürgerlichen Ministerium fremde Vögel geblieben. Sie werden also begreifen, warum wir in diese Regierung nicht hineingegangen sind. Ist die Zeit für uns da, so werden wir uns der Verantwortung nicht entziehen, sondern handeln, wie es uns unsere Grundsätze gebieten.

Es gäbe aber noch einen zweiten Grund, in eine Regierung hineinzugehen, nämlich den, daß dadurch Fortschritte zu erreichen wären, die sonst nicht zu erreichen sind. Wir meinen aber, daß das, was die Regierung jetzt vor hat, ganz gut vollbracht werden kann, wenn wir draußen bleiben und scharf zusehen, wie es gemacht wird. Das gleiche Recht in

Preußen muß herankommen, die politische Zensur und § 183 der Gewerbeordnung müssen weg, den Arbeitern muß ihre Vertretung in Arbeitskammern gesichert werden — eine sehr wichtige Forderung für den Aufbau der Zukunft —, darin werden wir nicht locker lassen.

Kommt die Regierung ihren Versprechungen nach und treibt sie nach außen eine feste und klare Politik, die alles mit unserer Ehre und Zukunft Vereinbare tut, um bald zu einem ehrlichen, dauernden Frieden, zu einem Frieden ohne Eroberungen und wirtschaftliche Vergewaltigungen, zu gelangen, dann werden wir sie unterstützen. Andernfalls werden wir sie bekämpfen, wie wir die Regierung Michaelis bekämpft haben.

Eine Entschließung, die sich im Sinne des Redners ausspricht, wurde mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Am Sonabend hatte Scheidemann in Königsberg, der Geburtsstadt der Vaterlandspartei, gesprochen. Die Versammlung, an der mehr als 2000 Personen teilnahmen, während auch hier Tausende umkehren mußten, gestaltete sich zu einem wahren Volksgericht über das Treiben der Altparteien unter alter und neuer Firma. Eine Resolution gegen die Vaterlandspartei wurde von der Versammlung, an der Angehörige aller Kreise, auch Gegner, teilnahmen, gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Unabhängigen gegen die Einigung.

Nachdem sich schon die Presse der Unabhängigen jähroff gegen die Würzburger Einigungsbeschlüsse ausgesprochen hatte, erklärt jetzt der Vorstand dieser abgespaltenen Parteigruppe einen Aufruf, in dem er diese Ablehnung ausführlich begründet. Sehr hoffnungsvoll klingen freilich die ersten Zeilen:

„Auf dem von der Mehrheit des alten Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie nach Würzburg einberufenen Parteitag wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß „für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft“ eine ungebrochene Front unbedingt notwendig sei. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteifreit beizulegen.“

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung nie verkannt.“

Leider ist aber der folgende Inhalt der langen Erklärung weiter nichts als eine Anklage, den Parteifreit weiter fortzuführen. Es werden die alten Anklagen gegen die Partei wiederholt zugleich mit der Versicherung, daß die Unabhängigen im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen kämpfen wollten, daran aber gehindert worden seien. Dann heißt es weiter:

„Jetzt kommt der Würzburger Parteitag und spricht von der Vertiefung des Parteifreits. In gleichem Atemzug aber billigt er alle gegen die Opposition verübten Gewalttaten und verlangt, daß auch nach einer vollzogenen Einigung sich die Opposition selbst grundsätzlichen Beschlüssen unterwerfen soll. Nach der bisherigen Praxis der Mehrheit des Parteivorstandes und der Fraktion bedeutet das unter dem Kriegszustand obendrein völligen Verzicht der Opposition auf Bekundung einer selbständigen Meinung vor der Öffentlichkeit. Der Würzburger Parteitag bietet also nicht einen Frieden der Verständigung, sondern einen Frieden der Unterwerfung.“

Darauf ist zu erwidern, daß Vereinigung ohne Verständigung Unsinn ist. Selbstverständlich hätte man sich, wenn die Einigung nicht von den Unabhängigen abgelehnt worden wäre, auch über das verständigen müssen, was die Unabhängigen „die verübten Gewalttaten“ nennen. Selbstverständlich könnten die Unabhängigen, wenn sie die Einigung nicht abgelehnt hätten, ihre Ansichten in der Partei ebensogut vertreten, wie dies die Genossen Hoch, Emmel, Schmidt, Meißner und andere Minderheitsredner in Würzburg getan haben. Aber einem ordnungsgemäß gefassten Parteibeschluß müßten sie sich allerdings fügen, auch wenn sie ihn für „grundständig“ halten, sonst könnte jeder Beschluß einer demokratischen Organisation aus der subjektiven Ueberzeugung heraus, er sei „grundständig“ von der Minderheit mißachtet werden.

Der Aufruf glaubt weiter, aus einer Stelle von Scheidemanns Referat folgendes schließen zu können:

„Die Sozialdemokratie der Würzburger Richtung verneint also, das Proletariat zu „wirklicher politischer Macht“ zu erheben, wenn sie erreichen, daß einige ihrer Genossen im Verein mit Vertretern des Zentrums und der Fortschrittler vom deutschen Kaiser zu seinen obersten Beamten ernannt würden. Dabei ist klar, daß sich die Klassengegensätze nach dem Kriege schroffer zuspitzen werden als je, und daß unter diesen Umständen der bürgerlich-sozialistische Mittelblock nur aufrechtzuerhalten ist unter Ausopferung aller Grundsätze und der allgemeinen Interessen, die das sozialdemokratische Proletariat von der bürgerlichen Welt trennen.“

Damit vergleiche man die oben zitierte Feststellung des Würzburger Parteitags, daß gerade die zu erwartende Verschärfung der Klassengegensätze eine ungebrochene Arbeiterfront nötig mache und die heute von uns wiederergebene Rede Scheidemanns. „In einer bürgerlichen Regierung würden wir als Sozialisten fremde Vögel sein.“ Man wird kaum dem Aufruf zustimmen können, wenn er weiter erklärt:

„Die Würzburger Tagung redet von der Einigung der Proletarier. Die Einigung, an der sie arbeitet, war die mit Gegnern der Proletarier! Für diese Einigung sind wir nicht zu haben.“

Berechtigt ist dagegen die Klage der Unabhängigen über die Verfolgungen, die sie vielfach zu erleiden haben. Aber wann und wo hätte die alte sozialdemokratische Partei gefehlt, wo es galt, gegen diese Verfolgungen Front zu machen? Der Aufruf schließt:

„Im Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und unter ihrem Banner vollzieht sich heute praktisch die Einigung der deutschen Sozialdemokratie.“

Praktisch bedeutet das Fortbestehen zweier sich gegenseitig befehdenden Parteien nicht die Einigung der Arbeiterschaft, sondern ihr Auseinanderlaufen, obwohl, wie beide Richtungen erklären, für die kommenden kühneren Kämpfe der Arbeiterschaft eine ungebrochene Front notwendig ist. Die Einsicht in diese Notwendigkeit wird schließlich auch jenen den rechten Weg weisen, die heute noch nicht die Dinge zu sehen vermögen, wie sie sind!

Richtungsstreit im Zentrum.

Ein Vorstoß des Grafen Galen.

Auf der Provinzialtagung der westfälischen Zentrumspartei in Hamm kam es, wie unserem Kölner Parteiblatt berichtet wird, zu den heftigsten Vorstößen gegen die „Rechtsrichtung“, vor allem gegen die Abgeordneten Erzber-

ger, Trimborn und Wieseler. Nachdem der Vorsitzende, Abg. Gerald, die Fraktionspolitik verteidigt hatte, wandte sich Reichstagsabgeordneter Graf Galen gegen die interfraktionellen Besprechungen, die nichts anderes seien als tatsächliche Parlamentsarisierung. Wieseler müßte zur Ordnung gerufen werden, weil er den neuen Freiheitsbund in Berlin mitgegründet und in Frankfurt bei einer gemeinsamen Kundgebung der Reichsparteien für das parlamentarische System geredet habe; ebenso der Abg. Becker, der in der Verfassungskommission für Aufhebung des § 9 der Verfassung gestimmt habe. Das preussische Wahlrecht gebe den Reichstag überhaupt nichts an. Wenn früher vom Zentrum das gleiche Wahlrecht gefordert worden sei, dann hätte keine Gefahr bestanden, es zu erreichen. Das sei aber heute anders. Einige Redner widersprachen, indem sie auf die Opfer des Volksganges hinwiesen. Dann stellte sich Domkapitular Professor Rosenberger (Paderborn) als eingeschriebenes Mitglied der Vaterlandspartei vor; ihr Statut habe ihn geradezu begeistert. Das gleiche Wahlrecht lasse ihn kalt. Dann griff er die Friedensentscheidung des Reichstags aufs schärfste an. Das Zentrum müsse sich an die konservativen anlehnen. Seine eigenen könnten die Sozialdemokraten die Kriegskredite verweigern, da ihre Annahme nicht von deren Zustimmung abhängig sei. Das gleiche Wahlrecht werde kirchenfeindlichen Zielen Vorschub leisten, und das Zentrum habe dann leider dazu mitgeholfen!

Mitten im schärfsten Meinungskampf der Versammlung verfuhr Abg. Wildermann, die Annahme einer ausgleichenden Entschiedenheit durchzusetzen, was jedoch mißglückte; ohne jeden offiziellen Abschluß ging man erregt auseinander.

Zeit gepudertes Perücken

Der medlenburgische Landtag wird am 26. November d. J. in Sternberg, einem kleinen Städtchen in Mecklenburg-Schwerin, zusammentreten. Die Ladung der medlenburgisch-strelitzischen Landtagsmitglieder ist durch den Großherzog Adolf Friedrich im Regierungsanzeiger erfolgt. Dieses Dokument aus großer Zeit hat folgenden Wortlaut:

Adolf Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog usw. Wir fügen Euch hiermit gnädigst zu wissen, daß wir die Haltung eines allgemeinen Landtags beschlossen haben, und daß derselbe am 26. November dieses Jahres in Sternberg eröffnet werden soll. Gleichwie wir nun solchen Landtag hiermit Landesfürstlich ausgesprochen haben wollen: so beschließen wir Euch hiermit gnädigst, Euch des Abends vorher, als am 25. November dieses Jahres, in Sternberg einzufinden und nach gebührender Anmeldung am folgenden Tage die in Unserem Namen Euch zu eröffnenden Präpositionen, deren Inhalt hienieden beigefügt ist, zu erwarten, der gemeinsamen Beratung darüber beizuwohnen und ohne erhebliche Ursache vor erfolgtem förmlichen Landtagsabschluß Euch nicht von dannen zu begeben.

Ihr tut nun solches oder nicht: so sollt Ihr dennoch zu allem dem, was von den Anwesenden gehörig wird beschlossen werden, gleich anderen Unseren gehorsamsten Landesfürsten und Untertanen verbunden und gehalten sein. Hieran geschieht unser gnädigster Wille. Adolf Friedrich.

Zeit gepudertes Perücken, drein Pfalzgrafen Vorbeeren drücken, steig' auf in der alten Braut!

Militärische Ueberwachungsstellen gegen Güterraub.

Berlin, 4. November. Amlich. Um die Raub- und Abschubgüter des Heeres — hierzu gehören auch die Privatsendungen an die Front und von der Front — gegen Veräußerung, Diebstahl und Unterschlagung zu schützen, sind besondere militärische Ueberwachungsstellen in folgenden Städten eingerichtet: Königsberg, Preuß. Stargard, Posen, Breslau, Dresden, Frankfurt a. O., Stettin, München, Straßburg, Kottbus, Karlsruhe, Mannheim, Coblenz, Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Cöln, Bromberg, Berlin, Magdeburg, Leipzig, Nürnberg, Würzburg, Stuttgart, Frankfurt a. M., Cassel, Hannover und Altona.

Diesen Kommandos würde ihre schwierige Aufgabe erheblich erleichtert werden, wenn sie durch die Bevölkerung unterstützt würden. Nicht nur wer Angehörige an der Front hat, sondern jeder von uns hat das größte Interesse daran, daß unsere wackeren Feldgrauen das bekommen, was ihnen gebührt und zugebührt ist. Darum schene sich niemand, die Uebeltäter, die sich an Sendungen zum und vom Heere vergrreifen, den Kommandos anzuzeigen. Nur wenn jeder freiwillig mitwirkt, kann dem weiteren Umsichgreifen der strafbaren Eingriffe in fremdes Eigentum, besonders zum Nachteil der Heeresangehörigen, Einhalt geboten werden.

Mittel sind bereit gestellt, den Anzeigenden in geeigneten Fällen eine Belohnung zuteil werden zu lassen. Die Anzeigen sind zu adressieren:

An das polizeiliche Außenkommando

in

Letzte Nachrichten.

Die russische Ernte.

Petersburg, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach amtlichen Angaben ist die Ernte 1917 im allgemeinen unter mittel.

Kampf bei Gaza.

Konstantinopel, 3. November. Generalstabbericht. Der englische Angriff an der Sinaifront begann am 31. Oktober. Unsere bis Bir-es-Saba vorgeschobenen Truppen gingen vorüberlegenen weit ausholenden feindlichen Streikräften in die Hauptstellungen zurück und wiesen hier alle Angriffe ab. Hierbei wurden 7 englische Offiziere, darunter ein Oberstleutnant und hundert Mann gefangen genommen. Am 2. November begann der Kampf vor Gaza. Zwei feindliche Tanks wurden von unserer Artillerie zerstört.

Kritischer Heeresbericht aus Ägypten vom 3. November. Donnerslag nacht griffen unsere Truppen nach heftiger Feuerbereitschaft die westlichen und südwestlichen Verteidigungsanlagen von Gaza an, nahmen die türkische erste Linie auf einer Front von 5000 Yards, machten 206 Gefangene und erbeuteten 5 Maschinengewehre. Drei Gegenangriffe wurden abgewiesen. Dem Feind wurden schwere Verluste beigebracht.

Paris, 4. November. (Meldung der Agence Havas.) „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß sich unter den Truppen, die an der Offensive von Gaza teilnahmen, auch ansehnliche französische Streikkräfte unter dem Befehl eines französischen Generals befanden hätten.

Groß-Berlin

Getrennt und wiedervereint.

Wir wollen heim. Ich fühle einen Tag Arbeit in den Knochen und meine Frau hatte, was schon mehr bedeutet will, einen geächteten Schellfisch „erjanden“.

Zwei Stunden lang bewunderten wir von einer Umgebungs-haltestelle aus das Berliner Abendtreiben, dann merkten wir, daß unsere Linie wahrscheinlich nicht mehr fährt. Also Straßenbahn! Nachdem wir zwölf Wagen an uns vorbeigelassen hatten, an deren Perrons wahre Menschentrauben hingen, entschlossen wir uns, trotz des hohen Preises für die Hochbahn. Einigen lähmen Vorständen nach dem Schalterfensterchen verdanke ich den Erwerb zweier Willetts, dann warfen wir uns mit dem Rute der Verzweiflung in den tollen Auf- und Abwärtswirbel des Halleischen Tor-Bahnhofs, der uns denn auch glücklich an die rogende Kippe der Sperre warf.

Auf dem Bahnsteig wurden wir uns der bitteren Notwendigkeit der Trennung bewußt. Ein kurzes Abschiedswinken, dann sah ich die schwarze Schleiße auf dem Hute meiner Frau im Chaos verschwinden. Ich sollte sie — die Schleiße — nie wiedersehen.

Ich hatte keine Zeit, über die Tragik modernen Großstadtlebens nachzusinnen, denn ich brauchte alle meine Kräfte zur Behauptung meiner Existenzberechtigung. Als die Energie des heran-nahenden Zuges erschrocken verdrängte, erreichte der Kampf aller gegen alle seinen Höhepunkt, die gegenseitigen Komplimente erstrebten die äußerste Leistungsfähigkeit Berliner Lokaldialektik.

Wie ich in den Wagen kam, weiß ich nicht mehr. Ich hatte es lediglich jenen höheren Mächten zu verdanken, deren Wille auch die Gestirne lenkt. Dieser Annahme neigte ich um so mehr zu, als ich mich tatsächlich in gehobener Stellung befand, das heißt, von dem Wusens einer forpulenten Dame und dem Aufsatze eines Soldaten gestützt, frei im Raume schwebte. Ein Herr fand derartige Zustände einfach „bodenlos“, worin ich ihm beistimmte. Aber das war noch gar nichts. Denn obwohl der Wagen schon gesteckt voll war, stiegen an der Rödernbrücke noch fünf Personen zu, noch im Fahren sprangen zwei auf und daß es dann noch möglich war, die Türe zu schließen, ist nur ein Beweis für die Elastizität des menschlichen Körpers. Eben im Begriffe, meinen Geist auszuhäuten, nahen wir uns der Erlösung Gleichzeitigkeit. Leidend, mit bedrückendem Gesichtsdruck, übergab der Zug seinen Anhalt. Die Treppen schlürften wie ein Richter die stromenden Massen.

Drunten aber brandete die Hölle. Ich kann jetzt nur sagen, daß alles, was ich da in zwei Stunden erlebte, wie ein wüster Traum hinter mir liegt, weiß nur, daß ich Menschen getreten, gestoßen und beleidigt habe, und von Menschen getreten, gestoßen und beleidigt worden bin. Ich bekenne mich als teilhaftig der Kollektivschuld, die jedem der unschuldigen Waggons mindestens eine Scheibe eintrüb.

Tief erschöpft und innerlich gebrochen, gab ich zuletzt Kampf und Hoffnung auf. Nicht weit von der Sperre lehnte ein Weib mit wirrem Haar, einen irren Ausdruck in den Augen.

Es war meine Frau. Auch sie hatte Nähe, mich wiederzuerkennen. Schluchzend sank sie mir in die Arme.

Und wir wandten hinaus in die Nacht. . . . az

Bildungsarbeit in der Kriegszeit.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin SO, Adalbertstr. 41, die unentgeltlich gute Bücher unterhaltenden und belehrenden Inhalts an jedermann verleiht, hat am 24. Oktober ihr 18. Geschäftsjahr abgeschlossen. Das gemeinnützige Institut hat in der entlegenen Kriegszeit Tausenden und aber Tausenden der Berliner Bevölkerung Abkühlung und Erholung gebracht und ist bestrebt gewesen, die geistigen Kulturbedürfnisse seiner Besucher zu befriedigen und ihre weitere Bildung durch Darbietung geeigneten Lektüres zu fördern.

In der Ausleihbibliothek wurden im Berichtsjahre 48 449 Bände nach Hause verliehen gegen 46 940 Bände im Vorjahr. Von der Gesamtzahl der Entleihungen entfallen 35 343 Bände auf Lektüre und 13 106 Bände auf belehrende Literatur. An letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenszweige in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 2332, Geographie 1469, Naturwissenschaften 2551, Rechts- und Staatswissenschaften 1669, Volkswirtschaft 1267, Gewerbekunde, Technik 2347, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 1434, Kunst, Musik, Literaturgeschichte und so weiter 1706 Bände. Insgesamt sind im 18. Jahre 36 055 Bände in und außer dem Hause verliehen worden; in den 18 Berichtsjahren zusammen 1 229 942 Bände.

Die Lesehalle wurde von 29 416 Personen gegen 32 463 Personen im Vorjahr, und zwar 27 464 Männern und 1952 Frauen, in den 18 Jahren zusammen von 1 049 680 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften beträgt jetzt 518 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Lesesaal aufgestellte, 2412 Bände zählende Raufschlagsbibliothek wurde von den Besuchern im umfassender Weise zu Rate gezogen.

Die Gesamtzahl der Besucher, die im 18. Berichtsjahr Bibliothek und Lesehalle benutzten, belief sich auf 77 865 Personen. Seit der Eröffnung vor 18 Jahren haben insgesamt 2 120 243 Personen das Institut aufgesucht.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle, die jedermann zu unentgeltlicher Benutzung offensteht, ist werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Eine postalische Neuerung. Bei den Berliner Postanstalten ist eine neue Bestimmung in Kraft getreten, die das Schalterpersonal in der Arbeit entlasten soll. Wer einen „Einschreibebrief“ aufgab, erhielt bisher eine von dem Annahmbeamten ausgestellte Empfangsbescheinigung. Von jetzt ab müssen die Auf-lieferer von „eingeschriebenen“ Sendungen diese Empfangsbescheinigungen, die in Blocks an den Schreibpulten aushängen, selbst ausfüllen und bei Abgabe des einschreibenden Briefes gleichzeitig mit abgeben. Der Beamte am Annahmeschalter kontrolliert nur die Richtigkeit der Aufschriften und gibt, nachdem er den Poststempel auf den Einlieferungsschein gedrückt hat, diesen an den Abfender zurück.

Diese praktische Neuerung dürfte auch in anderen Städten begrüßt werden, da sie geeignet ist, am Postschalter so manchen Zeitverlust aufzuheben.

Sparung-Veränderungen. Vom Montag, den 5. November d. J., ab kommen die Schnellzüge 7 zwischen (Eisenach—) Weizenfels (ab 8,37) und Halle (an 9,23) und 10 zwischen Halle (ab 4,27) und Weizenfels (an 5,15) (—Debra) in Kraft.

Die künftige Sparkasse Charlottenburg hat auch im Monat Oktober einen außerordentlichen Zugang an Spareinlagen zu verzeichnen gehabt. Die Einzahlungen betragen rund 5 Millionen Mark, die Rückstellungen 2 Millionen Mark, so daß an 3 Millionen Mark mehr eingezahlt als ausgezahlt worden sind. Dies stellt wiederum eine Höchstzahl für einen Monat Oktober dar. Die Spareinlagen summe ist jetzt auf 88 1/2 Millionen Mark angewachsen, während sie zu Beginn des Krieges 68 1/2 Millionen betrug. Sie ist also seitdem trotz Abbuchung sämtlicher den Sparern für die Kriegsanleihe zur Verfügung gestellten Beträge um ein 20 1/2 Millionen gestiegen. Die Anzahl der Sparers hat sich im Oktober um 2834 und seit Beginn des Krieges um 45 513 erhöht. In Schrankfächern zur Aufbewahrung von Sparbüchern, Wertpapieren, Urkunden und Schmuckstücken sind über 7300 Stück vermietet worden.

Käseverteilung.

In dieser Woche wird in den Bezirken der 131. bis 144. Brat-kommissionen an die dort in die Speisefettlisten eingetragenen Kunden je 125 Gramm bayerischer Rundkäse und in den Bezirken der 145. bis 148. Bratkommissionen an die dort eingetragenen je 125 Gramm Kaufkäse verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Ausschreibungen gekennzeichneten Geschäften gegen Vorzeigung und Abkempfung der neuen Speisefettkarten. Der Preis für 125 Gramm bayerischen Rundkäse wird auf 48 Pf. und für 125 Gramm Kaufkäse auf 33 Pf. festgesetzt.

Wilmersdorf. Zur Kartoffelversorgung. Personen, die die Genehmigung zur Einfuhr von Kartoffeln erhalten haben, sind bekanntlich verpflichtet, sofort nach Eingang der bezogenen Mengen auch die Sonder-Kartoffelkarten an das Lebensmittelamt (Erdbereich Zimmer 25) zurückzugeben. Diese Bestimmung möchten wir allen Beteiligten in Erinnerung bringen, da sie vorläufig unbeachtet bleibt. Es wird im Lebensmittelamt über die erteilten Genehmigungen zur Kartoffeleinfuhr genau Buch geführt, so daß Personen, die ihre Kartoffelkarten nicht abliefern, jederzeit damit rechnen können, zur Verantwortung gezogen zu werden.

Friedrichshagen. Verordnung über Butterhöchstpreise im Kleinhandel. Namens des Reichsausschusses des Reiches Niederrhein wird bekannt gemacht: Auf Grund der §§ 18, 29, 30, 32, 33 der Bekanntmachung des Reichsausschusses über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 765) und der Bekanntmachung über Preise für Butter vom 25. August 1917 — Reichsgesetzblatt Seite 731 — wird bestimmt: I. Der Preis für Butter darf im Preise Niederrhein im Kleinhandel nicht übersteigen: für Handelsmare I 33 Pf., für Handelsware II 31 Pf. für je 50 Gramm. Der Preis für Margarine darf im Kleinhandel 12 Pf. für je 50 Gramm nicht übersteigen. II. Die Bodenmenge an Speisefett beträgt vom 5. November d. J. ab für Butter 50 Gramm und für Margarine 30 Gramm. Für die zum Versorgungsverband Liebenwalde gehörenden Ortschaften wird die Butterbodenmenge von der Ortsbehörde festgesetzt. Diese Verordnung tritt mit dem 5. November 1917 in Kraft.

Spandau. Kohlrübenverkauf. Heute können die Geschäfte des Stadtteils Kaufst auf dem hiesigen Güterbahnhof Kohlrüben zum Weiterverkauf beziehen.

Kreuz in Trepfen. Die am Sonntag, den 28. Oktober, abgegangenen Kadetten kamen gestern zur Entscheidung. Obwohl das Verweilen im Freien des kalten Wetters wegen gerade keine Annehmlichkeit war, hatte sich, begünstigt durch den Sonnenschein, doch eine recht zahlreiche Besucherschar eingefunden, um den Saisonabschlusslämpfen auf dem Zement mit beizuwohnen. Wie bereits in unserer Voranzeige gemeldet, enthielt das Programm die

Austragung der Meisterschaft zwischen den Schrittmachern Bajorat, Käfer und Krüger, denen sich als Führer unsere drei besten Sieber Bauer, Krupat und Pawle zugesellten; Lorenz, Kütt, Wegener und Abraham traten zu einem Fliegertwiefelkampf in die Pedale und für die Trepfen Fliegermannschaft waren drei kleinere Rennen aufgeschrieben.

Die Meisterschaft der Schrittmacher fiel an Bajorat, der sich auch die ganze Rennsaison hindurch als umsichtiger und sicherer Schrittmacher erwies. Den Fliegertwiefelkampf entschied Kütt zu seinen Gunsten; er gewann alle drei Läufe leicht vor Lorenz und Abraham. Der vierte Teilnehmer, Wegener, verlor alle Läufe.

Resultate. Vierer-Wiefelkampf, drei Läufe über 900 Meter: 1. Lauf: 1. Min. 22 Sek., 2. Min. 27 Sek., 3. Min. 35 Sek. — Vorkampfläufer, 1200 Meter: 1. Abraham, 1. Min. 33 Sek., 2. Müller, 8. Sek., 3. Schüb, 4. Häusler. — Fünfzähler für Klasse 3, 600 Meter: 1. Kaufst, 1. Min. 48 Sek., 2. Schüb, 3. Reinard, 4. Schüb. — Schlusspremiensfahrten, 3000 Meter: 1. Abraham, 4. Min. 46 Sek., 2. Häusler, 3. Müller, 4. Schüb. — Meisterschaft der Schrittmacher, drei Läufe über je 30 Kilometer, 1. Lauf: 1. Bauer-Krüger, 26 Min. 2 Sek., 2. Krupat-Bajorat 20, 3. Pawle-Käfer, 1660 Meter zurück; 2. Lauf: 1. Bauer-Bajorat, 26 Min. 20 Sek., 2. Pawle-Krüger, 30, 3. Krupat-Käfer, 460 Meter zurück; 3. Lauf: 1. Bauer-Käfer, 26 Min. 54 Sek., 2. Pawle-Bajorat 30, 3. Krupat-Krüger, 1290 Meter zurück; Schrittmacher-Punktzahl: 1. Bajorat 5, 2. Krüger 6, 3. Käfer 7 Punkte.

„Musikalische Hauskomödien“.

Für die Dauer des vierten Kriegswinters ist Emil Fischer mit seinem Theaterchen „Musikalische Hauskomödien“, offensichtlich in der Erwartung einer gesteigerten Anteilnahme des Publikums, nach dem allerdings solchen Zweck entsprechenden Oberbegriff der „Philharmonie“ (Veraburger Straße) übergesiedelt. Man möchte wünschen, daß sich dahingehende Hoffnungen gerade auch trotz der Behebungs-schwierigkeiten erfüllen; denn das Unternehmen ist es wert. Wird das und Gegenwärtigen eine Musik und ein Theaterpiel vermittelt, die zwar der Vergangenheit angehören, aber gleichwohl noch keine gewisse Lebensfähigkeit besitzen. Zudem verdienen es deutsche Komponisten, die, wie die einen, mit ihrer Zeit starben, oder die wie wenige ganz große Unsterblichkeit erlangt haben, daß auch manche ihrer kleinen Gelegenheitswerke, mit denen sie einem bescheidenen Kunstgeschmack Konzeptionen machten, wieder ans Licht gebracht werden.

Diesmal kommen drei Alt-Deutscher zu Wort: Karl Ditters von Dittersdorf mit „Eintracht erntet“, einer bis zur Siebzigste des Gezanges sich verteidigenden „Plauderei“ zweier Kaffeehausbesitzer, und Ferdinand Anauer mit „Das Lebenselixir“, einer lässlichen „Bauernkomödie“. Die Musik in beiden Singspielen, die Emil Fischer einer Anzahl anderer Sachen der genannten Kleinmeister entnommen und frei bearbeitet hat, neigt unverkennbar zu volkstümlicher Melodik und Singsache hin. Dort wie hier haben wir auf kuppelartige Solostücke und Duette von zum Teil unvollständiger Art. Ein regelrechtes Duett ist z. B. der Lobgesang des Photographen in „Lebenselixir“ auf die Trefflichkeit und Wahrheitsliebe seines „Apparats“.

Höher steht freilich die Musik in Gluck's Rokokozygne „Berthold und Linchen“, zu der Melodien aus verschiedenen Opern dieses Großmeisters und genialen Vorkämpfers einer Opernreform im Sinne Wagners herübergenommen sind. So sehr diese Melodien und Tenorsänge — wie beispielsweise das Lob Bertholds, des jungen Ehemanns, auf das Glück der Liebe und Häuslichkeit — oder ein Quintett an gleicher Stelle, noch im Range der modernen Italieneroper stehen, ein deutlich empfindender Musiker hat sie dichterisch gestaltet. Ja man kann hier von deutschem Rokoko sprechen. Tadelndes Spiel der Lagen und Gesänge konnten wohl nicht anmutiger getroffen werden.

Zum Lobe aller gerichtet eine köstlich abgewogene Darstellung, bei der sowohl das Schauspielische als das Gesangsvermögen sämtlicher Mitwirkenden — zuletzt Eise Nixon und Ernst Rohlbauer, Johann Klare Jache und Rosa Sachse-Friedel — erfolgreich in die Erscheinung treten.

Weiteransichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstag mittag. Zunächst vielfach neblig, sonst trocken und ziemlich heiter, in der Nacht zu Dienstag an vielen Orten Frost, um Mittag mild, später im Westen Zunahme der Bewölkung.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Charlottenburg. Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Köpenickerstr. 4 I, Vortrag über: Krankenversicherung.

Berlin-Süden. Morgen, Dienstag, in den Räumen Lindenstraße 3, 2. Hof I. III. Tr. Besprechung. Gäste willkommen! **Arbeiter-Jugendheim Berlin.** Lindenstr. 3, 2. Hof I. III. Tr. Die Eröffnung findet am Sonntag, den 25. November, abends 7 Uhr, statt. Karten für die Eröffnungsfest zu 10 Pf. sind auf unseren Veranstaltungen zu haben. Vorort, die sich an der Feier beteiligen wollen, können die Einzahlungen, soweit ihnen solche nicht zugegangen sind, bei Gen. C e i m a n n, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 4. Hof I. IV. Tr., erhalten.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den literarischen Teil des Heftes: Alfred Schell, Berlin; für die Illustration: Th. Klotz, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann's Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Cramer & Co., Berlin SW.

Admirals-Palast.
Die Novität
Abakadabra
Großes phantastisches Ballet auf dem Elbo.
7^{1/2} U. Vorzügl. Küche.

Gegen unrelines Blut
zum Ausschneiden aller Schürfen aus den Eälen gibt es nichts Besseres als **Wolke'ser Frauenheils-Revolution**. Willen gang bei bei Ausdrücken, Geschwulsten, roter Haut, Nerven, Blutandrang und Verstopfung Dose 2. 4.00 nur von Apoth. Laurent in Versand, Sp renberg L. 4.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipzigerstr. 75 11
Volle normale Belohnung Diskretion, Re-soluität Gelegen-heitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksaahen 10—50%, untl. Ladung.

Alle Velourhüte
Festhüte, Feilhüte werden wie neu auf modernste Formen nugepreßt.
Neue Stoffe direkt in Ecksteins Hutfabrik, Invalidenstr. 38, an der Hauptstrasse. Filiale: Eberlandstr. 7, a. d. Kammerstr.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), I. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauer) 10 T. Blutuntersuch. Schnelle, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufs-störung Teilzahlung. 252/12* Sprechstund.: 11—1 u. 6—8.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beb. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufs-störung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden. Schwäche Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuron, Harn- u. Blutuntersuchung.
Königstr. 34 36, Bahnhof Alexanderpl. Ept. 10—11 u. 5—8, Sonnt. 10—11

20% Rabatt
erhalten Vorwärts-Abonnenten, wenn sie bei Aufgabe von privaten „kleinen Anzeigen“ Abonnement-qualifikation mit Gültigkeit vorlegen.

Nerven- und Stoffwechselliden
insbesondere Reizschwäche, Überverfallung, Müdigkeit und Rheumatismus, Zuckerkrantheit, Magen- und Darmleiden, Herz-, Leber- u. Nierenkrankheiten, Blutarmut, Frauenleiden, Schilddrüsenleiden, Hautleiden werden mit vorzügl. Erfolge nach besonderem Verfahren ohne jede Berufs-störung behandelt. — Kurze Kurdauer. — Kombinierte Zuerkennung. — Künstliche Höhen-sonne. — Ausführliche Prospekt kostenlos.
Sanitätsrat Dr. Weis's Ambulatorium, Berlin 117, Potsdamer Str. 123b.

Bund der Kriegsbeschädigten u. ehemal. Kriegsteilnehmer. Ortsgruppe Berlin.
Diensttag, den 6. November, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18.
Gäste willkommen. — Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Hofarbeiter
Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H.
Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/53.
Besteht ein: 3902*
Meister oder Vorarbeiter
gleichwohl aus welchem Betrieb, zur Beaufsichtigung gesucht
Chemische Fabrik „Habelo“, G. m. b. H.,
9022* Berlin N 58, Frankfurterstraße 6.

Schweißer und Schweißerinnen
Metallwaren-Industrie,
Berlin-Rummelsburg, Hauptstraße 4.
Sucht 8782*

Prima Würstchen
u. Wurst a. Kaninchen- u. Roth-fleisch tägl. frisch. Pfd. 3,50 M.
Nachn. Eilp.-Vers. Versand v. 5 Pfd. ab. Roßschlächterei und Wurstfabrik **Arthur Schindler, Zwickau i. S. 1.**

Spezial-Arzt i. Geschlechtskrankheiten Harn- u. Blasen, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuron, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers 1/2, 10 U. abends, Sonntags 1/2, 11—1 Uhr. 45 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in versch. Kuvert.
Dr. med. Karl Reinhardt.

Zähne m. echt. Kautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie. 5 Jahre Garantie. 5 Jahre Garantie. Goldkronen v. 20 R. an. Epes; Zähne ohne Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1, Wilmersd. Filiale.
Eisendreher, Maschinearbeiter, Fräser, Hobler, Maschinenschlosser, Maschinearbeiterinnen gesucht. 7992
Pinto-Werte, Motor- und Kolomotivbau G. m. b. H., Berlin-Holtenauerhof, Wernsdorfer Straße.

Tätowierung
entfernt G. Weissert, 1548*
Zubildenerstr. 5, 1. Etage. Eingang Adlerstraße. Dienstag, Donnerstag, Sonntag abend 4—8, Sonntag 11—12

Spezial-Arzt i. Geschlechtskrankheiten Harn- u. Blasen, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuron, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers 1/2, 10 U. abends, Sonntags 1/2, 11—1 Uhr. 45 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in versch. Kuvert.
Dr. med. Karl Reinhardt.

Zähne m. echt. Kautschuk 3,50 M. 5 Jahre Garantie. 5 Jahre Garantie. 5 Jahre Garantie. Goldkronen v. 20 R. an. Epes; Zähne ohne Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1, Wilmersd. Filiale.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbad, Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, In-terven. Fälle, Ehrlich-Hata-Kuron, Lämmerlöse, tüchtige Behandlung ohne Berufs-störung, Blutuntersuchung, Röntgen-Verfahren, Teilzahlung, Sprechstunden 10 bis 11 u. 5—8, Sonnt. 11—11.

Tüchtige Montagearbeiter
für Eisenkonstruktionen werden sofort eingestellt. 210/152*
Kammerierwerke.
Zu melden Neubau Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken **Wittenau**, Tor 3, bei Montagemeister Hartmann.

Stepperin, Zuarbeiterin
auf Büben verlangt **Herrgog**, Stollbuserdamm 29/30, 8582*
Bürstenmacher
auf Pfaffenbrücken verlangt **Koch**, 8412
Prenzlauer Str. 14/15.
Maschinenmeister
sofort verlangt 9012*
Adolf Zumppe,
Cunowstraße 42.